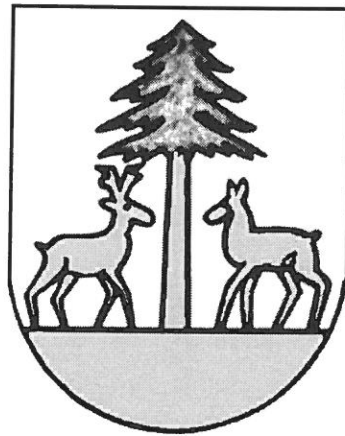


Einwohnergemeinde Oberlangenegg



Abwasserentsorgungs- reglement mit Gebührenreglement

12. Dezember 1998

ABWASSERENTSORGUNGSREGLEMENT

Die Einwohnergemeinde Oberlangenegg erlässt, gestützt auf das Organisationsreglement (OgR), das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) und die zugehörigen Ausführungsvorschriften, das Gesetz über die Nutzung des Wassers (WNG), die kantonale Gewässerschutzverordnung (KGV), die Baugesetzgebung, das Gesetz und die Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (GFHG und VFHG), das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG),

folgendes

REGLEMENT

I. ALLGEMEINES

Art. 1 Gemeindeaufgaben

1 Die Gemeinde organisiert und überwacht auf dem gesamten Gemeindegebiet die Entsorgung der Abwässer.

2 Sie projiziert, erstellt, betreibt und erneuert die öffentlichen Abwasseranlagen.

3 Projektierung und Erstellung der öffentlichen Abwasseranlagen können vertraglich den interessierten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern übertragen werden.

Art. 2 Zuständiges Organ

1 Unter der Aufsicht des Gemeinderates obliegt die Durchführung und Überwachung der Gewässerschutzmassnahmen der Trink- und Abwasserkommission.

2 Die Trink- und Abwasserkommission ist zuständig für

- a) die Prüfung der Gewässerschutzgesuche und die Erteilung oder Verweigerung der Gewässerschutzbewilligungen im Rahmen der Bewilligungsbefugnis der Gemeinde;
- b) die Genehmigung des Kanalisationsplans und allfälliger Spezialbauwerke (vor Baubeginn);
- c) die Baukontrolle;
- d) die Kontrolle des ordnungsgemässen Unterhalts, der Erneuerung und des Betriebs der Anlagen;
- e) den Erlass von Verfügungen (insbesondere Anschlussverfügungen und Verfügungen auf Beseitigung vorschriftswidriger Anlagen bzw. auf Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands);
- f) die übrigen gesetzlichen Aufgaben, soweit nicht ein anderes Organ für zuständig erklärt wird.

Art. 3 Einteilung des Gebietes

1 Die Einteilung des Gebietes richtet sich nach dem kommunalen Sanierungsplan (Generelle Kanalisationsplanung, Generelles Kanalisationsprojekt, GKP).

2 Sobald ein genereller Entwässerungsplan (GEP) nach den Richtlinien des Verbandes Schweizerischer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) besteht, richtet sich die Einteilung des Gebietes nach diesem.

Art. 4 Erschliessung

1 Innerhalb der rechtskräftig festgelegten Bauzonen richtet sich die Erschliessung nach den Vorschriften der kantonalen Baugesetzgebung und nach dem Baureglement sowie den Nutzungsplänen der Gemeinde.

2 Ausserhalb der Bauzonen erschliesst die Gemeinde nur öffentliche Sanierungsgebiete.

3 Die Abwasserentsorgung in privaten Sanierungsgebieten und bei Einzelliegenschaften erfolgt auf Kosten der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer.

4 Sobald ein GEP besteht, richtet sich die Erschliessung nach diesem.

Art. 5 Kataster

1 Die Gemeinde erstellt über die gesamten bestehenden öffentlichen und privaten Abwasseranlagen gemäss Artikel 6 und 8 hiernach einen Kanalisationskataster und führt diesen ständig nach.

2 Ferner bewahrt die Gemeinde die Ausführungspläne der Gemeindeabwasseranlagen und der Liegenschaftsentwässerung auf.

Art. 6 Öffentliche Leitungen

1 Die Leitungen der Basis- und Detailerschliessung sowie die Erschliessungsleitungen für öffentliche Sanierungsgebiete (Artikel 4 Absatz 2) sind öffentliche Leitungen.

2 Die Gemeinde plant und erstellt die öffentlichen Leitungen nach Massgabe des Erschliessungsprogrammes. Fehlt ein solches, bestimmt sie den Zeitpunkt der Erstellung nach pflichtgemässigem Ermessen und im Einvernehmen mit den anderen Erschliessungsträgern.

3 Vorbehalten bleibt die vertragliche Übernahme der Erschliessung durch bauwillige Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer.

4 Die öffentlichen Leitungen verbleiben zu Eigentum, Unterhalt und Erneuerung der Gemeinde.

Art. 7 Hausanschlussleitungen

1 Die Hausanschlussleitungen sind private Leitungen und verbinden ein Gebäude oder eine Gebäudegruppe nach Abs. 2 mit dem öffentlichen Leitungsnetz.

2 Die Leitung zu einer zusammengehörenden Gebäudegruppe (gemeinschaftlich projektierte Überbauung eines in sich geschlossenen Areals einer Grundeigentümerin oder eines Grundeigentümers/mehrerer in einer Bauherrengemeinschaft zusammengeschlossener Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer) gilt als gemeinsame private Hausanschlussleitung, auch wenn das Areal in verschiedene Grundstücke aufgeteilt ist. Vorbehalten bleiben die Vorschriften der kantonalen Gesetzgebung und die Nutzungspläne der Gemeinde.

3 Als private Abwasseranlagen (Artikel 8) zu erstellende Leitungen gelten ebenfalls als gemeinsame Hausanschlussleitungen im Sinne dieses Reglements.

4 Die Kosten für die Erstellung der Hausanschlussleitungen sind von den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern zu tragen. Dasselbe gilt für die Anpassung von bestehenden Hausanschlussleitungen, wenn die bisherige öffentliche Leitung aufgehoben, an einen anderen Ort verlegt oder das Entwässerungssystem geändert wird.

5 Die Hausanschlussleitungen verbleiben zu Eigentum, Unterhalt und Erneuerung den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern.

Art. 8 Private Abwasseranlagen

Wo keine Erschliessungs- bzw. Sanierungspflicht der Gemeinde nach Baugesetz (BauG), Kantonaler Gewässerschutzverordnung (KGV) oder nach diesem Reglement besteht, haben die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer gemeinsame Abwasseranlagen zu erstellen. Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften der KGV.

Art. 9 Durchleitungsrechte

1 Die Durchleitungsrechte für öffentliche Leitungen werden im Verfahren nach Artikel 130 a des Gesetzes über die Nutzung des Wassers (WNG) oder durch Dienstbarkeitsverträge erworben und gesichert.

2 Die Auflage von Leitungsplänen nach Artikel 130 a WNG ist im Zeitpunkt der öffentlichen Bekanntmachung den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern schriftlich zu eröffnen. Für das Verfahren nach Artikel 130 a WNG gelten sinngemäss die Bestimmungen über das Verfahren für Überbauungsordnungen.

3 Für die Durchleitungsrechte wird eine Entschädigung von Fr. 1.-- je m¹ geleistet. Vorbehalten bleibt die Ausrichtung von Entschädigungen für den durch den Leitungsbau und -betrieb verursachten Schaden sowie von Entschädigungen wegen enteignungsähnlichen Eingriffen.

4 Der Erwerb der Durchleitungsrechte für Hausanschlussleitungen ist grundsätzlich Sache der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer. Es kann aber auch das Verfahren nach Artikel 130 a WNG zur Anwendung kommen. Die berechtigten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer tragen die Kosten.

Art. 10 Schutz öffentlicher Leitungen

1 Öffentliche Leitungen sind, soweit keine anderslautenden vertraglichen Vereinbarungen vorliegen, im Rahmen von Artikel 130 a Absatz 3 WNG in ihrem Bestand geschützt.

2 Bei Bauten ist in der Regel ein Abstand von 3 m gegenüber den bestehenden und 5 m gegenüber den projektierten Leitungen einzuhalten. Die Trink- und Abwasserkommission kann jedoch im Einzelfall einen anderen Abstand vorschreiben, sofern die Sicherheit der Leitung dies erfordert.

3 Das Unterschreiten des Bauabstandes und das Überbauen der öffentlichen Leitung bedarf der Bewilligung der Trink- und Abwasserkommission. Befindet sich die Leitung nicht im Eigentum der Gemeinde, muss die Einwilligung des Anlageeigentümers eingeholt werden.

Art. 11 Gewässerschutzbewilligungen

Bewilligungserfordernis, Gesuchseingabe und Verfahren richten sich nach der KGV.

Art. 12 Durchsetzung

1 Bei der Durchsetzung der Verfügungen finden insbesondere die Vorschriften der KGV über die Ersatzvornahme und den unmittelbaren Zwang Anwendung.

2 Die Verfügungen richten sich in erster Linie gegen die Eigentümerin oder den Eigentümer oder gegen die nutzungsberechtigte Person von Anlagen und Einrichtungen (in diesem Reglement auch als "Private" bezeichnet).

3 Rechtskräftige Kostenverfügungen der Gemeinde sind vollstreckbaren gerichtlichen Urteilen im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs gleichgestellt.

II. ANSCHLUSSPFLICHT, SANIERUNG, TECHNISCHE VORSCHRIFTEN

Art. 13 Anschlusspflicht

Die Anschlusspflicht für Bauten und Anlagen richtet sich nach den Vorschriften der eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung.

Art. 14 Bestehende Bauten und Anlagen

1 Im Bereich der öffentlichen und den öffentlichen Zwecken dienenden privaten Kanalisationen sind die Hausanschlussleitungen im Zeitpunkt zu erstellen oder anzupassen, in welchem die für das Einzugsgebiet bestimmten Sammelleitungen neu verlegt oder abgeändert werden.

2 Die Trink- und Abwasserkommission legt das Einzugsgebiet einer Leitung nach pflichtgemäßem Ermessen fest. Sind gemeinsame Hausanschlussleitungen zu erstellen, gilt Artikel 8.

3 Im übrigen gelten die Vorschriften der KGV.

Art. 15 Vorbehandlung schädlicher Abwässer

Abgänge, welche zur Einleitung in die Kanalisation ungeeignet sind oder in der ARA den Reinigungsprozess ungünstig beeinflussen, sind auf Kosten der Verantwortlichen anderweitig zu entsorgen oder vor Einleitung in die Kanalisation durch besondere Verfahren vorzubehandeln. Diese Verfahren bedürfen der Bewilligung durch das GSA.

Art. 16 Allgemeine Grundsätze der Liegenschaftsentwässerung

1 Die Hausanschlüsse, Kanalisationen und Nebenanlagen dürfen nur durch dafür qualifizierte Fachleute erstellt werden. Kann sich die Erstellerin oder der Ersteller nicht über die notwendigen Fachkenntnisse und die Berufserfahrung ausweisen, so hat die Gemeinde auf Kosten der Privaten nebst der üblichen Kontrolle alle weiteren Prüfungsmassnahmen wie Dichtigkeitsprüfung, Kanalfernseh-Inspektion und dergleichen vorzunehmen, die notwendig sind, um lückenlos die Einhaltung der massgeblichen Vorschriften und Richtlinien überprüfen zu können.

2

- a) Nicht verschmutztes Regenabwasser (von Dächern, Zufahrten, Wegen, Parkplätzen und dergleichen) und Reinabwasser (Fremdwasser/Sauberwasser wie Brunnen-, Sicker-, Schmelz-, Grund- und Quellwasser sowie unbelastetes Kühlwasser) sollen möglichst nicht gefasst werden. Wo es die örtlichen Verhältnisse zulassen, sind sie versickern zu lassen. Ist dies technisch nicht möglich, sind sie in ein oberirdisches Gewässer einzuleiten. Sind beide Möglichkeiten ausgeschlossen, müssen sie ins Kanalisationsnetz eingeleitet werden. In diesem Fall sind die Bestimmungen des Trenn- und Mischsystems massgebend.
- b) Die Versickerung von Regen- und Reinabwasser richtet sich nach den Richtlinien über das Versickern von Regen- und Reinabwasser des GSA.
- c) Das Ableiten von Regenabwasser (im Trenn- oder Mischsystem) setzt in der Regel Rückhaltmassnahmen voraus.
- d) Reinabwasser darf nicht der ARA zugeleitet werden. Kann es weder versickert noch in ein oberirdisches Gewässer oder in die Regen- oder Reinabwasserkanalisation eingeleitet werden, darf es nicht gefasst werden.

3 Im Trennsystem sind verschmutzte und unbelastete Abwässer voneinander getrennt in zwei Leitungen abzuleiten. Verschmutztes Abwasser ist in die Schmutzabwasserkanalisation/ARA, Regenabwasser sowie Reinabwasser sind in die Regenabwasserkanalisation einzuleiten.

4 Im Mischsystem kann verschmutztes Abwasser und Regenabwasser, jedoch nicht das Reinabwasser, in der gleichen Leitung abgeleitet und der Mischwasserkanalisation zugeführt werden. Das Reinabwasser ist in die Reinabwasserkanalisation einzuleiten. Ist dies nicht möglich, findet Absatz 2 Buchstabe d Anwendung. Vorbehalten bleibt Artikel 39.

5 Bis zum ersten Kontrollschacht ist unabhängig vom Entwässerungssystem das Schmutz-, Regen- und Reinabwasser voneinander getrennt abzuleiten.

6 Die Trink- und Abwasserkommission legt im Gewässerschutzbewilligungsverfahren fest, wie die Entwässerung zu erfolgen hat.

7 Die Abwässer von Wasch-, Lager- und Aussenarbeitsplätzen sind in der Regel in die Schmutzabwasserkanalisation abzuleiten. Die Waschplätze sind eng abzugrenzen, entwässerungstechnisch von den übrigen Plätzen zu trennen und nach Möglichkeit zu überdachen. Das GSA entscheidet über eine allfällige Vorbehandlung dieser Abwässer.

8 Verschmutztes Abwasser aus Landwirtschaftsbetrieben ist nach den Anordnungen des GSA zu entsorgen.

9 Bei Schwimmbädern ist das Filterspül- und Bassinreinigungswasser in die Schmutzabwasserkanalisation, die übrigen Abwässer dagegen nach Möglichkeit in die Leitung für unbelastetes Abwasser oder in den Vorfluter abzuleiten. Über die Vorbehandlung der Abwässer wird in der Gewässerschutzbewilligung entschieden.

10 Gewerbliche und industrielle Abwässer sind in die Schmutzabwasserkanalisation einzuleiten; sie sind nach den Anordnungen des GSA vorzubehandeln.

11 Das GSA bestimmt, wenn Gründe der Gewässerhygiene es erfordern, den Vorfluter für gereinigte Abwässer.

Art. 17 Waschen von Motorfahrzeugen

Das Waschen von Motorfahrzeugen, Maschinen und dergleichen mit Wasch-, Spül- oder Reinigungsmitteln an Orten, die über keinen Anschluss an die Kanalisation und die ARA verfügen, ist verboten.

Art. 18 Anlagen der Liegenschaftsentwässerung

1 Für die Planung und Erstellung von Anlagen der Liegenschaftsentwässerung wie Leitungen und Versickerungsanlagen sind nebst den gesetzlichen Vorschriften die jeweils gültigen einschlägigen Normen, Richtlinien, Weisungen, Wegleitungen und Leitsätze massgebend, insbesondere die Norm SN 592 000 des VSA und des SSIV, die SIA-Empfehlung V 190 Kanalisationen und die generelle Kanalisationsplanung (GKP/GEP).

2 Die Einrichtungen zur Entwässerung von Gebäudekellern im Rückstaubereich öffentlicher Kanalisationen sind mit Rückschlagklappen zu versehen.

Art. 19 Kleinkläranlagen und Jauchegruben

1 Auf Kleinkläranlagen und Jauchegruben finden die jeweils gültigen eidgenössischen und kantonalen Wegleitungen und Richtlinien Anwendung, insbesondere die eidgenössische Wegleitung für den Gewässerschutz in der Landwirtschaft und die Richtlinien für Planung, Bau und Unterhalt von Jauche- und Güllengruben des GSA.

2 Die Erneuerung oder der Ersatz bestehender Kleinkläranlagen bedarf der vorherigen Zustimmung der Bewilligungsbehörde.

Art. 20 Grundwasserschutzzonen und -areale

1 Bestehen Grundwasserschutzzonen oder -areale, so sind die im zugehörigen Schutzzonenreglement bzw. in der Gewässerschutzbewilligung enthaltenen besonderen Weisungen und Bauverbote zu beachten.

2 Gefährdet ein Bauvorhaben eine Grundwasserfassung oder Quelle, für welche noch keine Schutzzone besteht, so können ihre Eigentümerinnen und Eigentümer oder Nutzungsberechtigten Einsprache erheben und innerhalb von sechs Monaten seit Ablauf der Einsprachefrist eine Schutzzone öffentlich auflegen lassen. Für das Verfahren gelten die Bestimmungen des WNG und der KGV.

III. BAUKONTROLLE

Art. 21 Baukontrolle

1 Die Trink- und Abwasserkommission sorgt dafür, dass während und nach der Ausführung eines bewilligten Vorhabens die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen der Gewässerschutzbewilligung kontrolliert wird. Insbesondere sind die Anschlüsse der Grundstücksleitungen an die Sammelleitungen vor dem Zudecken abzunehmen.

2 Sie kann hierzu im Rahmen der im Voranschlag bewilligten Mittel in schwierigen Fällen die Fachleute des GSA oder, wenn es die besonderen Umstände rechtfertigen, private Experten beiziehen.

3 Die Trink- und Abwasserkommission und die von ihr ermächtigten Personen haben freien Zutritt zu allen ihren Anlagen und Einrichtungen, die dem Gewässerschutz dienen.

4 Mit der Kontrolle und Abnahme von Anlagen, Einrichtungen oder Vorkehrungen übernimmt die Gemeinde keine Haftung für deren Tauglichkeit und Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften; insbesondere werden die Privaten nicht befreit von der Pflicht, bei ungenügender Reinigungsleistung oder anderer Gefährdung der Gewässer weitere Schutzmassnahmen zu ergreifen.

5 Die Trink- und Abwasserkommission meldet dem GSA den Vollzug der Auflagen von kantonalen Gewässerschutzbewilligungen.

Art. 22 Pflichten der Privaten

1 Der Trink- und Abwasserkommission ist der Beginn der Bau- und anderen Arbeiten so rechtzeitig zu melden, dass die Kontrollen wirksam ausgeübt werden können.

2 Die Anlagen und Einrichtungen sind vor dem Zudecken wichtiger Teile und vor der Inbetriebsetzung zur Abnahme zu melden.

3 Bei der Abnahme sind die nachgeführten Ausführungspläne auszuhändigen.

4 Über die Abnahme ist ein Protokoll auszufertigen.

5 Wer seine Pflichten vernachlässigt und dadurch die Kontrolle erschwert, hat die daraus entstehenden Mehrkosten zu tragen.

6 Der Gemeinde sind nebst den Gebühren auch die Auslagen für alle Kontrollaufgaben gemäss speziellem Tarif zu ersetzen.

Art. 23 Projektänderungen

1 Jede wesentliche Änderung eines bewilligten Projekts bedarf der vorherigen Zustimmung der Bewilligungsbehörde.

2 Wesentliche Änderungen sind insbesondere die Verschiebung des Standortes von Bauten und Anlagen, Änderungen im Reinigungssystem von Kleinkläranlagen oder in den Dimensionierungen der Zu- und Ableitung, die Verwendung anderer Baumaterialien oder anderer Maschinenteile sowie jede andere auf den Reinigungseffekt, die Sicherheit oder Kapazität der Anlagen wirksame Änderung.

IV. BETRIEB UND UNTERHALT

Art. 24 Einleitungsverbot

1 In die Kanalisation dürfen keine Stoffe eingeleitet werden, welche die Anlagen beschädigen können oder geeignet sind, die Reinigungsprozesse auf der ARA, die Klärschlammqualität oder die Qualität des gereinigten Abwassers ungünstig zu beeinflussen.

2 Verboten ist insbesondere die Einleitung von folgenden Stoffen:

- feste und flüssige Abfälle
- Abwässer, die den Anforderungen der Verordnung über Abwassereinleitungen widersprechen
- giftige, infektiöse, radioaktive Substanzen
- feuer- und explosionsgefährliche Stoffe wie Benzin, Lösemittel etc.
- Säuren und Laugen
- Öle, Fette, Emulsionen
- Feststoffe wie Sand, Erde, Katzenstreu, Asche, Kehricht, Textilien, Zementschlamm, Metallspäne, Schleifschlamm, Küchenabfälle, Schlachtabfälle etc.
- Gase und Dämpfe aller Art
- Jauche, Mist, Silosaft
- Molke, Blut, Frucht- und Gemüsebestandteile und andere Abgänge aus der Verarbeitung von Lebensmitteln und Getränken (mit Ausnahme der im Einzelfall bewilligten Mengen)
- warmes Abwasser, welches nach Vermischung in der Leitung eine Temperatur von über 40° C zur Folge hat.

3 Der Anschluss von Küchenabfallzerkleinerern (sog. Küchenmühlen) ist nicht gestattet.

4 Im übrigen gilt Artikel 15.

Art. 25 Haftung für Schäden

1 Die Eigentümerinnen und Eigentümer von Hausanschlussleitungen haften für allen Schaden, den diese infolge fehlerhafter Anlage, Ausführung oder mangelhaften Unterhalts verursachen. Ebenso sind sie ersatzpflichtig für Schäden, die über ihre Hausanschlussleitungen durch Nichteinhalten der Bestimmungen dieses Reglementes verursacht werden.

2 Die Gemeinde haftet nur für Rückstauschäden, die wegen Mängeln der öffentlichen Abwasseranlagen eintreten. Die vorgegebene und fachmännisch vertretbare Kapazität der Abwasseranlagen stellt keinen Mangel dar.

Art. 26 Unterhalt und Reinigung

1 Alle Anlagen zur Ableitung und Reinigung der Abwässer sind in bau- und betriebstechnischer Hinsicht in gutem Zustand zu erhalten.

2 Hausanschlussleitungen sowie alle von Privaten erstellten Einrichtungen zur Retention, Versickerung, Vorbehandlung oder Reinigung der Abwässer (insbesondere mechanisch-biologische Kleinkläranlagen) sind von den Eigentümerinnen und Eigentümern oder den Benutzerinnen und Benutzern zu unterhalten und periodisch zu reinigen.

3 Bei Missachtung dieser Vorschriften kann die Trink- und Abwasserkommission nach erfolgloser Mahnung die erforderlichen Massnahmen auf Kosten der Pflichtigen vornehmen lassen. Im übrigen gilt Artikel 12.

Art. 27 Sammeln von Abwasser und Faulschlamm

Wer gewerbsmässig Abwasser, Faulschlamm und dergleichen, die in Abwasserreinigungsanlagen verarbeitet werden können, einsammelt, bedarf einer Bewilligung des GSA.

V. GEBUEHREN

Art. 28 Finanzierung der Abwasseranlagen

1 Die Gemeinde finanziert die öffentlichen Abwasseranlagen. Es stehen ihr dazu insbesondere zur Verfügung

- a) die einmaligen Gebühren (Anschlussgebühren);
- b) die wiederkehrenden Gebühren (Grundgebühren und Verbrauchsgebühren);
- c) die Beiträge des Bundes und des Kantons gemäss besonderer Gesetzgebung;
- d) sonstige Beiträge Dritter.

2 Nach Massgabe der folgenden Bestimmungen beschliesst:

- a) die Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates in einem separaten Gebührenreglement die Höhe der Anschlussgebühren.
- b) der Gemeinderat in einem separaten Tarif in Form von Ausführungsbestimmungen
 1. die Anpassung der Anschlussgebühren an den Berner Baukostenindex,
 2. die Grund- und Verbrauchsgebühren.

3 Das Gebührenreglement unterliegt der Auflage- und Genehmigungspflicht. Die Ausführungsbestimmungen sind zu veröffentlichen.

Art. 29 Kostendeckung und Ermittlung des Aufwands

1 Mit der Festsetzung der Höhe der Gebühren ist sicherzustellen, dass mittelfristig die gesamten Einnahmen der Gemeinde die Aufwendungen für den Betrieb und Unterhalt, die Investitionsfolgekosten (Abschreibungen und Zinsen) und die Einlagen in die Spezialfinanzierung nach Absatz 3 decken.

2 Die Gemeinde schreibt das Verwaltungsvermögen der öffentlichen Abwasseranlagen gemäss Artikel 54 VFHG ab. Sie kann übrige Abschreibungen vornehmen (Artikel 56 VFHG).

3 Die Gemeinde öffnet eine Spezialfinanzierung, deren Höhe in einem angemessenen Verhältnis zum Wiederbeschaffungswert der öffentlichen Abwasseranlagen steht. Der Gemeinderat kann die notwendigen Mittel zur Abschreibung von Investitionen der Spezialfinanzierung entnehmen.

4 Abschreibungen und Einlagen in die Spezialfinanzierung betragen zusammen mindestens

- 1,25 % des aktuellen Wiederbeschaffungswertes der gemeinde- und verbandseigenen Kanalisationen,
- 3 % des aktuellen Wiederbeschaffungswertes der gemeinde- und verbandseigenen Abwasserreinigungsanlagen und
- 2 % des aktuellen Wiederbeschaffungswertes der gemeinde- und verbandseigenen Spezialbauwerke, wie z.B. Regenbecken und Pumpstationen.

Art. 30 Anschlussgebühren

1 Zur Deckung der Investitionskosten für die Erstellung, Anpassung und Erneuerung von Anlagen ist für jeden Anschluss eine Anschlussgebühr zu bezahlen.

2 Die Anschlussgebühr wird aufgrund von Raumwerten (RW) erhoben.

3 Für Regenabwasser und Strassenabwasser nach Artikel 16, das in die Kanalisation eingeleitet wird, ist zusätzlich eine Anschlussgebühr pro m² entwässerter, versiegelter Fläche zu bezahlen.

4 Bei einer Erhöhung der Raumwerten (RW) oder der Vergrößerung der entwässerten, versiegelten Fläche ist eine Nachgebühr zu bezahlen.

5 Bei Wiederaufbau infolge Brandfalls oder Gebäudeabbruchs kommt Absatz 4 zur Anwendung, sofern innert 5 Jahren mit dem Neubau begonnen wird. Andernfalls sind die Anschlussgebühren nach Absatz 1-3 voll zu bezahlen.

6 Die Eigentümerinnen und Eigentümer der anzuschliessenden oder angeschlossenen Bauten und Anlagen haben die Raumwerte (RW) und die m² entwässerter Fläche sowie deren Erhöhung bei der Einreichung des Baugesuchs anzugeben und ausserdem in jedem Fall der Gemeindeverwaltung unaufgefordert zu melden.

7 Die Trink- und Abwasserkommission ist berechtigt, bei der Wasserversorgung Auskünfte über den Bestand der Raumwerte (RW) einzuholen. Zu Kontrollzwecken haben die Trink- und Abwasserkommission und die von ihr beauftragten Personen ein Zutrittsrecht zu allen Bauten und Anlagen.

8 Bei Verminderung der Raumwerte (RW) oder Abbruch kann in keinem Fall eine Rückerstattung der bezahlten Gebühren erfolgen.

9 Reduktionen der Anschlussgebühren können bei folgenden Anschlussdistanzen (Öffentliche Leitung bis anzuschliessende Liegenschaft) gewährt werden:

25 - 50 m	25 %
50 - 100 m	50 %
ab 100 m	75 %

Art. 31 Wiederkehrende Gebühren, Allgemeines

1 Zur Deckung der Kapitalkosten von Anlagen und der Einlagen in die Spezialfinanzierung, die nicht durch Anschlussgebühren oder Beiträge gedeckt sind, sowie zur Deckung der Betriebskosten sind wiederkehrende Gebühren (Grundgebühren und Verbrauchsgebühren) zu bezahlen.

2 Über einen Zeitraum von 5 Jahren beträgt der Anteil der Einnahmen aus den Grundgebühren insgesamt 30-50 % und derjenige aus den Verbrauchsgebühren insgesamt 50-70 %.

3 Die Grundgebühren werden pro Wohnung und pro Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieb erhoben.

4 Die Verbrauchsgebühren werden aufgrund des Abwasseranfalls erhoben. Dieser wird dem Wasserverbrauch gleichgesetzt. Vorbehalten bleibt Artikel 32.

5 Wer das Wasser nicht aus der öffentlichen Wasserversorgung bezieht und in die Kanalisation einleitet, hat die zur Ermittlung des verbrauchten Wassers erforderlichen Wasserzähler auf eigene Kosten nach den Vorschriften der Wasserversorgung einbauen zu lassen. Andernfalls wird auf den geschätzten Wasserverbrauch abgestellt. Die Schätzung erfolgt nach Erfahrungswerten bei vergleichbaren Verhältnissen in der Gemeinde durch die Trink- und Abwasserkommission.

6 Fällt ein wesentlich geringerer Teil des bezogenen Frischwassers als Abwasser an (Gärtnereien, Kühlwasser mit direkter Ableitung in ein Gewässer, Landwirtschaftsbetriebe etc.), ist ein angemessener Abzug zu gewähren. Der erforderliche Nachweis ist vom Abwassererzeuger zu erbringen, andernfalls wird der Wasserverbrauch geschätzt gemäss Art. 31, Ziff. 5.

7 Für Regen- und Strassenabwasser nach Artikel 16, das in die Kanalisation eingeleitet wird, ist zusätzlich eine Gebühr pro m² entwässerter, versiegelter Fläche zu bezahlen.

8 Wird Regenwasser als Brauchwasser genutzt, müssen zusätzliche Wasserzähler zur Ermittlung der Abwassermenge auf eigene Kosten eingebaut werden.

Art. 32 Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe

1 Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe (nachfolgend Betriebe) bezahlen die Anschlussgebühren nach Artikel 30 sowie die Grundgebühren und die Gebühren für die Einleitung von Regenabwasser und Strassenabwasser nach Artikel 31.

2 Für die Erhebung der Verbrauchsgebühren werden die Betriebe unterteilt in Gross- und Kleleinleiter nach Massgabe der jeweils gültigen Richtlinie zur Finanzierung der Abwasserentsorgung des VSA und des Schweizerischen Städteverbandes/Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES, nachfolgend VSA/FES - Richtlinie).

3 Unter Vorbehalt von Absatz 4 werden bei Kleleinleiterbetrieben die Verbrauchsgebühren aufgrund des Abwasseranfalls erhoben. Die Eigentümerinnen und Eigentümer der anzuschliessenden oder angeschlossenen Bauten und Anlagen haben die dazu nötigen Messvorrichtungen auf ihre Kosten nach Weisung der Trink- und Abwasserkommission einbauen zu lassen und zu unterhalten.

4 Besteht bei einem Kleleinleiterbetrieb offensichtlich kein wesentlicher Unterschied zwischen dem Abwasseranfall und dem Wasserverbrauch, kann ihn die Trink- und Abwasserkommission von der Pflicht zum Einbau von Messvorrichtungen für den Abwasseranfall befreien und die Verbrauchsgebühren aufgrund des Wasserverbrauchs erheben.

5 Bei Grosseinleiterbetrieben werden die Verbrauchsgebühren aufgrund des Produkts aus dem Abwasseranfall multipliziert mit dem gewichteten Verschmutzungsfaktor (gemäss VSA/FES - Richtlinie) erhoben.

6 Die Verbrauchsgebühren sowie die Einzelheiten zur Ermittlung des Abwasseranfalls und des gewichteten Verschmutzungsfaktors nach Absatz 5 werden in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag festgelegt.

7 Besteht kein Vertragsverhältnis, erfolgt eine pauschale Einschätzung nach Absatz 5 anhand der Angaben der ARA.

Art. 33 Fälligkeit, Vorfinanzierung, Zahlungsfrist

1 Die Anschlussgebühren werden fällig auf den Zeitpunkt des Kanalisationsanschlusses der Bauten und Anlagen. Vorher kann gestützt auf die rechtskräftig erteilte Baubewilligung nach Baubeginn gemäss Dekret über das Baubewilligungsverfahren (insbesondere nach der Schnurgerüstabnahme) eine Akontozahlung erhoben werden. Diese wird aufgrund der gemäss Baugesuch berechneten Raumwerte erhoben. Die Restanz wird nach der Bauabnahme fällig.

2 Die Nachgebühren werden mit der Erhöhung der Raumwerte (RW) und der vollendeten Vergrösserung der entwässerten Fläche fällig. Die Akontozahlung richtet sich nach Absatz 1.

3 Bei Nichtausführen des bewilligten Anschlusses bzw. der bewilligten Erweiterung/Vergrösserung wird die Akontozahlung zinslos zurückerstattet.

4 Zur Vorfinanzierung der öffentlichen Anlagen kann die Gemeinde von allen innerhalb der Bauzonen und der öffentlichen Sanierungsgebiete gelegenen Bauten und Anlagen ratenweise Vorbezüge an die Anschlussgebühren erheben.

5 Die wiederkehrenden Gebühren werden jährlich fällig. Auf den 30. Juni kann eine Teilrechnung gestellt werden, die sich auf den halben Abwasseranfall des Vorjahres stützt.

6 Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage ab Rechnungsstellung.

Art. 34 EINFORDERUNG, VERZUGSZINS, VERJÄHRUNG

1 Zuständig für die Einforderung sämtlicher Gebühren ist die Finanzverwaltung der Gemeinde Oberlangenegg. Muss eine Gebühr verfügt werden, ist hierfür der Gemeinderat zuständig.

2 Nach Ablauf der Zahlungsfrist werden ein Verzugszins in der Höhe des vom Regierungsrat für das Steuerwesen jährlich festgelegten Verzugszinssatzes sowie die Inkassogebühren geschuldet.

3 Die Anschlussgebühren verjähren 10 Jahre, die wiederkehrenden Gebühren 5 Jahre nach Eintritt der Fälligkeit. Für die Unterbrechung der Verjährung sind die Vorschriften des Schweizerischen Obligationenrechts sinngemäss anwendbar. Die Verjährung wird ausserdem durch jede Einforderungshandlung (wie Rechnungsstellung, Mahnung) unterbrochen.

Art. 35 GEBÜHRENPFLICHTIGE

Die Gebühren schuldet, wer im Zeitpunkt der Fälligkeit Eigentümerin oder Eigentümer der angeschlossenen Baute oder Anlage ist. Alle Nacherwerberinnen und Nacherwerber schulden die im Zeitpunkt ihres Liegenschaftserwerbs noch ausstehenden Anschlussgebühren, soweit die Liegenschaft nicht im Rahmen einer Zwangsverwertung ersteigert wurde.

Art. 36 GRUNDPFANDRECHT DER GEMEINDE

Die Gemeinde geniesst für ihre fälligen Forderungen auf Anschlussgebühren ein gesetzliches Grundpfandrecht auf der angeschlossenen Liegenschaft gemäss Artikel 109 Absatz 2 Ziffer 6 EG zum ZGB.

VI. STRAFEN, RECHTSPFLEGE, SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 37 WIDERHANDLUNGEN GEGEN DAS REGLEMENT

1 Widerhandlungen gegen das vorliegende Reglement sowie gegen die gestützt darauf erlassenen Verfügungen werden mit Busse bis Fr. 1'000.-- bestraft, solche gegen Ausführungsvorschriften des Gemeinderates und gestützt darauf erlassene Verfügungen mit Busse bis Fr. 300.--. Das Dekret über das Busseneröffnungsverfahren in den Gemeinden findet Anwendung.

2 Vorbehalten bleibt die Anwendung der kantonalen oder eidgenössischen Strafbestimmungen.

Art. 38 RECHTSPFLEGE

1 Gegen Verfügungen der Gemeindeorgane kann innert 30 Tagen seit Eröffnung schriftlich, mit Antrag und Begründung, Verwaltungsbeschwerde erhoben werden.

2 Im übrigen gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege.

Art. 39 Übergangsbestimmung

Bei einem GKP mit Mischsystem kann das Entwässerungssystem noch Änderungen erfahren; In diesem Fall soll die Grundstücksentwässerung mit separaten Leitungen für verschmutzte und unbelastete Abwässer erfolgen, damit später eine allfällige Anpassung des Kanalisationsanschlusses einfach vorgenommen werden kann.

Art. 40 Inkrafttreten

1 Das Reglement tritt auf den 1. Januar 1999 in Kraft.

2 Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben. Insbesondere wird das Abwasserreglement vom 29.04.1980 aufgehoben.

Genehmigungsbeschluss

Das vorstehende Reglement ist an der Versammlung der Einwohnergemeinde Oberlangenegg vom 12. Dezember 1998 beraten und angenommen worden.

Oberlangenegg, 12. Dezember 1998

Einwohnergemeinde Oberlangenegg

Der Präsident:

Der Gemeindeschreiber:



Auflagezeugnis

Der unterzeichnete Gemeindeschreiber bescheinigt, dass das vorliegende Abwasserreglement nach Massgabe von Artikel 4 der Gemeindeverordnung vom 30. November 1977 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Oberlangenegg öffentlich aufgelegt worden ist. Die Auflage wurde vorschriftsgemäss unter Hinweis auf die Einsprachemöglichkeit publiziert. Einsprachen dagegen sind keine eingegangen.

Oberlangenegg, 4. Januar 1999

Der Gemeindeschreiber:

GEBÜHRENREGLEMENT

Die Einwohnergemeinde Oberlangenegg beschliesst, gestützt auf Artikel 28 ff. des Abwasserreglementes vom 12. Dezember 1998

Art. 1 Anschlussgebühren

1 Die Anschlussgebühr für jede angeschlossene Baute und Anlage beträgt Fr. 700.00 pro Raumwert (RW), im Minimum jedoch Fr. 2'500.00.

2 Die Anschlussgebühr für die Einleitung von Regenabwasser beträgt Fr. 20.00 pro m² entwässerter, versiegelter Fläche.

3 Die Gebührenansätze in Absatz 1 und 2 basieren auf dem Berner Baukostenindex. Erhöht oder senkt sich der Baukostenindex, kann der Gemeinderat die Gebührenansätze im gleichen Verhältnis anpassen, sofern die Veränderung des Baukostenindex mindestens 10 Punkte beträgt. Die jeweils gültigen Gebührenansätze sind im Anhang festgelegt.

Art. 2 Inkrafttreten

1 Der Tarif tritt auf den 01.01.1999 in Kraft.

2 Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben.

Genehmigungsbeschluss

Das vorstehende Reglement ist an der Versammlung der Einwohnergemeinde Oberlangenegg vom 12. Dezember 1998 beraten und angenommen worden.

Oberlangenegg, 12. Dezember 1998

Einwohnergemeinde Oberlangenegg

Der Präsident:

Der Gemeindeschreiber:



Auflagezeugnis

Der unterzeichnete Gemeindeschreiber bescheinigt, dass das vorliegende Gebührenreglement nach Massgabe von Artikel 4 der Gemeindeverordnung vom 30. November 1977 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Oberlangenegg öffentlich aufgelegt worden ist. Die Auflage wurde vorschriftsgemäss unter Hinweis auf die Einsprachemöglichkeit publiziert. Einsprachen dagegen sind keine eingegangen.

Oberlangenegg, 4. Januar 1999

Der Gemeindeschreiber:

GEBÜHRENTARIF

Der Gemeinderat Oberlangenegg beschliesst, gestützt auf Artikel 28 ff. des Abwasserreglementes vom 12. Dezember 1998

Art. 1 Anpassung der einmaligen Anschlussgebühr an den Berner Baukostenindex

Der gültige Gebührenansatz beträgt Fr. 700.00 pro Raumwert (RW).

Als Raumwert (RW) gelten alle bewohnbaren und gewerblich genutzten Räume einer Liegenschaft sowie alle übrigen Räume mit Abwasseranfall. Die Einstufung erfolgt durch die Trink- und Abwasserkommission.

- Räume ohne Abwasseranfall (Zimmer, etc.) 1 RW
- Räume mit Abwasseranfall (Küche, Bad/WC-Anlagen, Nassräume, Waschküchen, Milchammern etc.) 2 RW

Art. 2 Jährlich wiederkehrende Grundgebühr

1 Die Grundgebühr pro Wohnung beträgt Fr. 150.00.

- 2 Die Grundgebühr pro Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieb beträgt:
- A) bei Kleineinleitern mit geringem Abwasseranfall Fr. 150.00
 - B) bei Kleineinleitern mit erhöhtem Abwasseranfall Fr. 300.00
- Die Einstufung erfolgt durch die Trink- und Abwasserkommission.

Art. 3 Jährlich wiederkehrende Verbrauchsgebühr

1 Die Verbrauchsgebühr pro m³ eingeleitetes Abwasser beträgt Fr. 2.00.

2 Die Gebühr für die Einleitung von Regen- und Strassenabwasser in die Kanalisation beträgt Fr. 1.00 pro m² entwässerter, versiegelter Fläche.

Art. 4 Inkrafttreten

Der Tarif tritt auf den 1. Januar 1999 in Kraft.

Oberlangenegg, 12. Dezember 1998

Veröffentlicht mit dem Gebührenreglement.



Gemeinderat Oberlangenegg

Der Präsident:

Der Gemeindeschreiber:

* * * **INHALTSVERZEICHNIS** * * *

⊗ **ABWASSERENTSORGUNGSREGLEMENT** ⊗

I. ALLGEMEINES

- Art. 1 Gemeindeaufgaben
- Art. 2 Zuständiges Organ
- Art. 3 Einteilung des Gebietes
- Art. 4 Erschliessung
- Art. 5 Kataster
- Art. 6 Öffentliche Leitungen
- Art. 7 Hausanschlussleitungen
- Art. 8 Private Abwasseranlagen
- Art. 9 Durchleitungsrechte
- Art. 10 Schutz öffentlicher Leitungen
- Art. 11 Gewässerschutzbewilligungen
- Art. 12 Durchsetzung

II. ANSCHLUSSPFLICHT, SANIERUNG, TECHNISCHE VORSCHRIFTEN

- Art. 13 Anschlusspflicht
- Art. 14 Bestehende Bauten und Anlagen
- Art. 15 Vorbehandlung schädlicher Abwässer
- Art. 16 Allgemeine Grundsätze der Liegenschaftsentwässerung
- Art. 17 Waschen von Motorfahrzeugen
- Art. 18 Anlagen der Liegenschaftsentwässerung

III. BAUKONTROLLE

- Art. 19 Kleinkläranlagen und Jauchegruben
- Art. 20 Grundwasserschutz zonen und -areale
- Art. 21 Baukontrolle
- Art. 22 Pflichten der Privaten
- Art. 23 Projektänderungen

IV. BETRIEB UND UNTERHALT

- Art. 24 Einleitungsverbot
- Art. 25 Haftung für Schäden
- Art. 26 Unterhalt und Reinigung
- Art. 27 Sammeln von Abwasser und Faulschlamm

V. GEBUEHREN

- Art. 28 Finanzierung der Abwasseranlagen
- Art. 29 Kostendeckung und Ermittlung des Aufwandes
- Art. 30 Anschlussgebühren
- Art. 31 Wiederkehrende Gebühren, Allgemeines
- Art. 32 Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe
- Art. 33 Fälligkeit, Vorfinanzierung, Zahlungsfrist
- Art. 34 Einforderung, Verzugszins, Verjährung
- Art. 35 Gebührenpflichtige
- Art. 36 Grundpfandrecht der Gemeinde

VI. STRAFEN, RECHTSPFLEGE, SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- Art. 37 Widerhandlungen gegen das Reglement
- Art. 38 Rechtspflege
- Art. 39 Übergangsbestimmung
- Art. 40 Inkrafttreten

⊗ **GEBÜHRENREGLEMENT** ⊗

- Art. 1 Anschlussgebühren
- Art. 2 Inkrafttreten

⊗ **GEBÜHRENTARIF** ⊗

- Art. 1 Anpassung der einmaligen Anschlussgebühr an den Berner Baukostenindex
- Art. 2 Jährlich wiederkehrende Grundgebühr
- Art. 3 Jährlich wiederkehrende Verbrauchsgebühr
- Art. 4 Inkrafttreten

Abwasserentsorgungsreglement mit Gebührenreglement vom 12. Dezember 1998 der Einwohnergemeinde Oberlangenegg

Änderung des Abwasserentsorgungsreglementes

Das Reglement wird wie folgt geändert:

GEBÜHRENREGLEMENT

Art. 1 Anschlussgebühren

¹ Die Anschlussgebühr für jede angeschlossene Baute und Anlage beträgt Fr. 400.00^a pro Raumwert (RW), im Minimum jedoch Fr. 3'000.00^b.

² unverändert

³ unverändert

Art. 2 Inkrafttreten

¹ Die Tarifierpassung tritt rückwirkend auf den 01.01.2005 in Kraft.

² unverändert


Genehmigungsbeschluss

Die Versammlung vom 31. Mai 2005 nahm diese Reglementsänderung an.

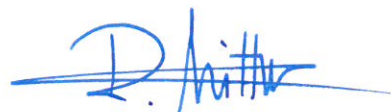
EINWOHNERGEMEINDE OBERLANGENEGG

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindegemeinderat:



U. Jaberg



R. Wittwer

^a Bis 31.12.2004: Fr. 700.-

^b Bis 31.12.2004: Fr. 2'500.-

Abwasserentsorgungsreglement mit Gebührenreglement und -Tarif vom 12. Dezember 1998 der Einwohnergemeinde Oberlangenegg

Änderung des Abwasserentsorgungsreglementes

Der Gebührentarif des Abwasserversorgungsreglementes wird wie folgt geändert:

GEBÜHRENTARIF

Art. 1 Anpassung der einmaligen Anschlussgebühr an den Berner Baukostenindex

(¹) Der gültige Gebührenansatz beträgt Fr. 400.00^a pro Raumwert (RW).

(²) unverändert

Art. 4 Inkrafttreten

¹ Die Tarifierpassung tritt rückwirkend auf den 01.01.2005 in Kraft.

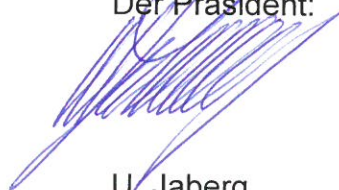
Genehmigungsbeschluss

Der Gemeinderat hat diese Änderung am 31. März 2005 beschlossen, unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeindeversammlung am 31. Mai 2005. Die Versammlung vom 31. Mai 2005 hat die Reglementsänderung angenommen.

Oberlangenegg, 16. Juni 2005

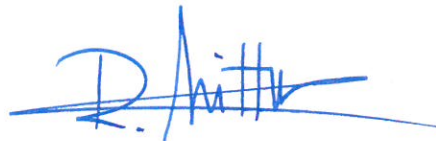
GEMEINDERAT OBERLANGENEGG

Der Präsident:



U. Jaberg

Der Sekretär:



R. Wittwer

^a Bis 31.12.2004: Fr. 700.00

Auflagezeugnis

Der Gemeindeschreiber hat diese Änderung des Abwasserentsorgungsreglementes (Gebührenreglement) vom 29. April bis 31. Mai 2005 (dreissig Tage vor der beschlussfassenden Versammlung) in der Gemeindeschreiberei öffentlich aufgelegt. Er gab die Auflage im Amtsanzeiger Nr. 17, 18 und 21 vom 28. April, 6. und 26. Mai 2005 bekannt.

3616 Schwarzenegg, 16. Juni 2005

Der Gemeindeschreiber:



R. Wittwer

Abwasserentsorgungsreglement mit Gebührenreglement und -Tarif vom 12. Dezember 1998 der Einwohnergemeinde Oberlangenegg

Änderung des Abwasserentsorgungsreglementes

Der Gebührentarif des Abwasserversorgungsreglementes wird wie folgt geändert:

GEBÜHRENTARIF

Art. 2 Jährlich wiederkehrende Grundgebühr

¹ Die Grundgebühr pro Wohnung beträgt *Fr. 100.00*.

² Die Grundgebühr pro Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieb beträgt:

A) bei Kleineinleitern mit geringem Abwasseranfall *Fr. 100.00*

B) bei Kleineinleitern mit erhöhtem Abwasseranfall *Fr. 250.00*

Die Einstufung erfolgt durch die *Ver- und Entsorgungskommission*.

Art. 4 Inkrafttreten

¹ unverändert

² unverändert

³ Die Änderung vom 10. November 2005 tritt auf den *1. Januar 2006* in Kraft. Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben.

Genehmigungsbeschluss

Der Gemeinderat hat diese Änderung am 10. November 2005 beschlossen. Der Beschluss ist zu veröffentlichen.

Oberlangenegg, 10. November 2005

GEMEINDERAT OBERLANGENEGG

Der Präsident:

U. Jaberg

Der Sekretär:

R. Wittwer

Abwasserentsorgungsreglement mit Gebührenreglement und -Tarif vom 12. Dezember 1998 mit Änderungen vom 31. Mai 2005 und 10. November 2005 der Einwohnergemeinde Oberlangenegg

Änderung des Abwasserentsorgungsreglementes

Der Gebührentarif des Abwasserversorgungsreglementes wird wie folgt geändert:

GEBÜHRENTARIF

Art. 2 Jährlich wiederkehrende Grundgebühr

¹ Die Grundgebühr pro Wohnung beträgt *Fr. 90.00^a*.

² Die Grundgebühr pro Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieb beträgt:

A) bei Kleinenleitern mit geringem Abwasseranfall *Fr. 90.00^a*

B) bei Kleinenleitern mit erhöhtem Abwasseranfall *Fr. 180.00^b*

Die Einstufung erfolgt durch die *Ver- und Entsorgungskommission*.

Art. 2a^c Rabattsystem

¹ Übersteigt der jährliche Abwasserverbrauch die Menge von 2'000 m³, wird auf der vollumfänglichen Verbrauchsgebühr ein Rabatt von 10 % gewährt.

² Der für den Rabatt erforderliche Abwasseranfall von 2'000 m³ gilt pro Liegenschaft und Standort und ist nicht kumulierbar.

Art. 4 Inkrafttreten

¹ unverändert

² unverändert

³ unverändert

⁴ Die Änderung vom 9. November 2006 tritt rückwirkend auf den *1. Januar 2006* in Kraft. Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben.

Genehmigungsbeschluss

Der Gemeinderat hat diese Änderung am 9. November 2006 beschlossen. Der Beschluss ist zu veröffentlichen.

^a Bis 31.12.2005: Fr. 150.-

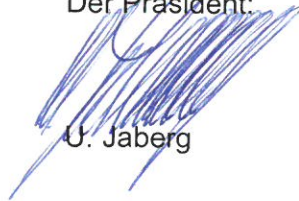
^b Bis 31.12.2005: Fr. 300.-

^c Neu ab 01.01.2006

Oberlangenegg, 9. November 2006

GEMEINDERAT OBERLANGENEGB

Der Präsident:



U. Jaberg

Der Sekretär:



R. Wittwer

Mitteilung an:

- Regierungsstatthalteramt Thun (1 Original-Exemplar)

Abwasserentsorgungsreglement mit Gebührenreglement und –Tarif vom 12. Dezember 1998 der Einwohnergemeinde Oberlangenegg mit Änderungen vom 31. Mai 2005, 10. November 2005 und 9. November 2006

Änderung des Abwasserentsorgungsreglementes

Der Gebührentarif des Abwasserversorgungsreglementes wird wie folgt geändert:

GEBÜHRENTARIF

Art. 1 Anpassung der einmaligen Anschlussgebühren an den Berner Baukostenindex
unverändert

Art. 2 Jährlich wiederkehrende Grundgebühr

¹ Die Grundgebühr pro Wohnung beträgt *Fr. 70.00^a*.

² Die Grundgebühr pro Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieb beträgt:

A) bei Kleineinleitern mit geringem Abwasseranfall *Fr. 70.00^a*

B) bei Kleineinleitern mit erhöhtem Abwasseranfall *Fr. 140.00^b*

Die Einstufung erfolgt durch die Ver- und Entsorgungskommission.

Art. 3 Jährlich wiederkehrende Verbrauchsgebühr

¹ Die Verbrauchsgebühr pro m³ eingeleitetes Abwasser beträgt *Fr. 1.50^c*.

² unverändert.

Art. 4 Inkrafttreten

¹ unverändert

² unverändert

³ unverändert

⁴ unverändert

⁵ Die Änderung vom 12. Oktober 2009 tritt auf den *1. Januar 2010* in Kraft. Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben.

^a Bis 31.12.2009: Fr. 90.-

^b Bis 31.12.2009: Fr. 180.-

^c Bis 31.12.2009: Fr. 2.00

Genehmigungsbeschluss

Der Gemeinderat hat diese Änderung am 12. Oktober 2009 beschlossen. Der Beschluss ist zu veröffentlichen.

Oberlangenegg, 12. Oktober 2009

GEMEINDERAT OBERLANGENEGB

Der Präsident:

Der Sekretär:



U. Jaberg



R. Wittwer

Mitteilung an:

- Regierungsstatthalteramt Thun (1 Original-Exemplar)

**Abwasserentsorgungsreglement mit
Gebührenreglement und –Tarif vom
12. Dezember 1998 der
Einwohnergemeinde Oberlangenegg
mit Änderungen vom 31. Mai 2005,
10. November 2005; 9. November 2006 und
12. Oktober 2009**

**5. Änderung des Gebührentarifs zum
Abwasserentsorgungsreglement mit Gebührenreglement**

Der Gebührentarif des Abwasserversorgungsreglementes wird wie folgt geändert:

GEBÜHRENTARIF

Art. 1 Anpassung der einmaligen Anschlussgebühren an den Berner Baukostenindex

unverändert

Art. 2 Jährlich wiederkehrende Grundgebühr

¹ Die Grundgebühr pro Wohnung beträgt *Fr. 90.00^a*.

² Die Grundgebühr pro Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieb beträgt:

A) bei Kleineinleitern mit geringem Abwasseranfall *Fr. 90.00^a*

B) bei Kleineinleitern mit erhöhtem Abwasseranfall *Fr. 180.00^b*

Die Einstufung erfolgt durch die Ver- und Entsorgungskommission.

Art. 3 Jährlich wiederkehrende Verbrauchsgebühr

¹ Die Verbrauchsgebühr pro m³ eingeleitetes Abwasser beträgt *Fr. 1.80^c*.

² unverändert.

^a bis 31.12.2014: Fr. 70.--

^b bis 31.12.2014: Fr. 140.--

^c bis 31.12.2014: Fr. 1.80

Art. 4 Inkrafttreten

¹ unverändert

² unverändert

³ unverändert

⁴ unverändert

⁵ unverändert

⁶ Die Änderung vom 13. Oktober 2014 tritt auf den *1. Januar 2015* in Kraft. Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben.

Genehmigung

Der Gemeinderat hat diese Änderung am 13. Oktober 2014, gestützt auf Art. 28 ff. des Abwasserentsorgungsreglement vom 12. Dezember 1998, beschlossen. Der Beschluss ist zu veröffentlichen.

Oberlangenegg, 13. Oktober 2014

GEMEINDERAT OBERLANGENEGG

Der Präsident

Der Sekretär



Ueli Jaberg



Res Wittwer

Auflagezeugnis

Die Änderung des Gebührentarifs und die Inkraftsetzung wurde unter Hinweis auf die Beschwerdemöglichkeit ordnungsgemäss im amtlichen Anzeiger vom 23. und 30. Oktober 2014 publiziert.

Oberlangenegg, 31. Oktober 2014

Gemeindeverwaltung Oberlangenegg
Der Gemeindeverwalter:



Res Wittwer

Abwasserentsorgungsreglement mit Gebührenreglement vom 12. Dezember 1998 der Einwohnergemeinde Oberlangenegg

2. Änderung des Abwasserentsorgungsreglements

Das Reglement wird wie folgt geändert:

ABWASSERENTSORGUNGSREGLEMENT

Die Einwohnergemeinde Oberlangenegg erlässt, gestützt auf das Organisationsreglement (OgR), das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) und die zugehörigen Ausführungsvorschriften, das Gesetz über die Nutzung des Wassers (WNG), die kantonale Gewässerschutzverordnung (KGV), die Baugesetzgebung, die Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV)¹ und das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG),

folgendes

REGLEMENT

Art. 2 Zuständiges Organ

1 Dem Gemeinderat obliegt die Durchführung und Überwachung der Gewässerschutzmassnahmen.

2 Der Gemeinderat ist zuständig für

- a) unverändert
- b) unverändert
- c) unverändert
- d) unverändert
- e) unverändert
- f) unverändert

¹ Anpassung an übergeordnetes Recht (Fassung vom 20.12.2020)

Art. 10 Schutz öffentlicher Leitungen

1 unverändert

2 Bei Bauten ist in der Regel ein Abstand von 3 m gegenüber den bestehenden und 5 m gegenüber den projektierten Leitungen einzuhalten. Der Gemeinderat kann jedoch im Einzelfall einen anderen Abstand vorschreiben, sofern die Sicherheit der Leitung dies erfordert.

3 Das Unterschreiten des Bauabstandes und das Überbauen der öffentlichen Leitung bedarf der Bewilligung des Gemeinderats. Befindet sich die Leitung nicht im Eigentum der Gemeinde, muss die Einwilligung des Anlageeigentümers eingeholt werden.

Art. 14 Bestehende Bauten und Anlagen

1 unverändert

2 Der Gemeinderat legt das Einzugsgebiet einer Leitung nach pflichtgemäßem Ermessen fest. Sind gemeinsame Hausanschlussleitungen zu erstellen, gilt Artikel 8.

3 unverändert

Art. 15 Vorbehandlung schädlicher Abwässer

Abgänge, welche zur Einleitung in die Kanalisation ungeeignet sind oder in der ARA den Reinigungsprozess ungünstig beeinflussen, sind auf Kosten der Verantwortlichen anderweitig zu entsorgen oder vor Einleitung in die Kanalisation durch besondere Verfahren vorzubehandeln. Diese Verfahren bedürfen der Bewilligung durch das Amt für Wasser und Abfall.

Art. 16 Allgemeine Grundsätze der Liegenschaftsentwässerung

1 unverändert

2

a) unverändert

b) Die Versickerung von Regen- und Reinabwasser richtet sich nach den Richtlinien über das Versickern von Regen- und Reinabwasser des Amtes für Wasser und Abfall.

c) unverändert

d) unverändert

3 unverändert

4 unverändert

5 unverändert

6 Der Gemeinderat legt im Gewässerschutzbewilligungsverfahren fest, wie die Entwässerung zu erfolgen hat.

7 Die Abwässer von Wasch-, Lager- und Aussenarbeitsplätzen sind in der Regel in die Schmutzabwasserkanalisation abzuleiten. Die Waschplätze sind eng abzugrenzen, entwässerungstechnisch von den übrigen Plätzen zu trennen und nach Möglichkeit zu überdachen. Das Amt für Wasser und Abfall entscheidet über eine allfällige Vorbehandlung dieser Abwässer.

8 Verschmutztes Abwasser aus Landwirtschaftsbetrieben ist nach den Anordnungen des Amtes für Wasser und Abfall zu entsorgen.

9 unverändert

10 Gewerbliche und industrielle Abwässer sind in die Schmutzabwasserkanalisation einzuleiten; sie sind nach den Anordnungen des Amtes für Wasser und Abfall vorzubehandeln.

11 Das Amt für Wasser und Abfall bestimmt, wenn Gründe der Gewässerhygiene es erfordern, den Vorfluter für gereinigte Abwässer.

Art. 19 Kleinkläranlagen und Jauchegruben

1 Auf Kleinkläranlagen und Jauchegruben finden die jeweils gültigen eidgenössischen und kantonalen Wegleitungen und Richtlinien Anwendung, insbesondere die eidgenössische Wegleitung für den Gewässerschutz in der Landwirtschaft und die Richtlinien für Planung, Bau und Unterhalt von Jauche- und Güllengruben des Amtes für Wasser und Abfall.

2 unverändert

Art. 21 Baukontrolle

1 Der Gemeinderat sorgt dafür, dass während und nach der Ausführung eines bewilligten Vorhabens die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen der Gewässerschutzbewilligung kontrolliert wird. Insbesondere sind die Anschlüsse der Grundstücksleitungen an die Sammelleitungen vor dem Zudecken abzunehmen.

2 Sie kann hierzu im Rahmen der im Voranschlag bewilligten Mittel in schwierigen Fällen die Fachleute des Amtes für Wasser und Abfall oder, wenn es die besonderen Umstände rechtfertigen, private Experten beiziehen.

3 Der Gemeinderat und die von ihr ermächtigten Personen haben freien Zutritt zu allen ihren Anlagen und Einrichtungen, die dem Gewässerschutz dienen.

4 unverändert

5 Der Gemeinderat meldet dem Amt für Wasser und Abfall den Vollzug der Auflagen von kantonalen Gewässerschutzbewilligungen.

Art. 22 Pflichten der Privaten

1 Dem Gemeinderat ist der Beginn der Bau- und anderen Arbeiten so rechtzeitig zu melden, dass die Kontrollen wirksam ausgeübt werden können.

2 unverändert

3 unverändert

4 unverändert

5 unverändert

6 unverändert

Art. 26 Unterhalt und Reinigung

1 unverändert

2 unverändert

3 Bei Missachtung dieser Vorschriften kann der Gemeinderat nach erfolgloser Mahnung die erforderlichen Massnahmen auf Kosten der Pflichtigen vornehmen lassen. Im übrigen gilt Artikel 12.

Art. 27 Sammeln von Abwasser und Faulschlamm

Wer gewerbmässig Abwasser, Faulschlamm und dergleichen, die in Abwasserreinigungsanlagen verarbeitet werden können, einsammelt, bedarf einer Bewilligung des Amtes für Wasser und Abfall.

Art. 29 Kostendeckung und Ermittlung des Aufwands

1 unverändert

2 Die Gemeinde schreibt das Verwaltungsvermögen der öffentlichen Abwasseranlagen gemäss Anhang der Gemeindeverordnung ab².

3 unverändert

4 Die Einlagen in die Spezialfinanzierung betragen mindestens³

- 1,25 % des aktuellen Wiederbeschaffungswertes der gemeinde- und verbandseigenen Kanalisationen,
- 3 % des aktuellen Wiederbeschaffungswertes der gemeinde- und verbandseigenen Abwasserreinigungsanlagen und
- 2 % des aktuellen Wiederbeschaffungswertes der gemeinde- und verbandseigenen Spezialbauwerke, wie z.B. Regenbecken und Pumpstationen.

Art. 30 Anschlussgebühren

1 unverändert

2 unverändert

² Anpassung an übergeordnetes Recht (Fassung vom 20.12.2020)

³ Anpassung an übergeordnetes Recht (Fassung vom 20.12.2020)

³ Für Regenabwasser von Hof- und Dachflächen sowie von öffentlichen (Gemeinde- und Kantonsstrassen) und privaten Strassen, das in die Kanalisation eingeleitet wird, ist zusätzlich eine Anschlussgebühr pro m² entwässerter Fläche zu bezahlen⁴.

4 unverändert

5 unverändert

6 unverändert

⁷ Der Gemeinderat ist berechtigt, bei der Wasserversorgung Auskünfte über den Bestand der Raumwerte (RW) einzuholen. Zu Kontrollzwecken haben die Trink- und Abwasserkommission und die von ihr beauftragten Personen ein Zutrittsrecht zu allen Bauten und Anlagen.

8 unverändert

9 unverändert

Art. 31 Wiederkehrende Gebühren, Allgemeines

1 unverändert

2 unverändert

3 unverändert

4 unverändert

⁵ Wer das Wasser nicht aus der öffentlichen Wasserversorgung bezieht und in die Kanalisation einleitet, hat die zur Ermittlung des verbrauchten Wassers erforderlichen Wasserzähler auf eigene Kosten nach den Vorschriften der Wasserversorgung einbauen zu lassen. Andernfalls wird auf den geschätzten Wasserverbrauch abgestellt. Die Schätzung erfolgt nach Erfahrungswerten bei vergleichbaren Verhältnissen in der Gemeinde durch den Gemeinderat.

6 unverändert

⁷ Für Regenabwasser von Hof- und Dachflächen sowie von öffentlichen (Gemeinde- und Kantonsstrassen) und privaten Strassen, das in die Kanalisation eingeleitet wird, ist zusätzlich eine Gebühr pro m² entwässerter Fläche zu bezahlen⁵.

8 unverändert

⁴ Anpassung gem. Urnenabstimmung vom 20.12.2020

⁵ Anpassung gem. Urnenabstimmung vom 20.12.2020

Art. 32 Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe

1 unverändert

2 Für die Erhebung der Verbrauchsgebühren werden die Betriebe unterteilt in Gross- und Kleleinleiter nach Massgabe der jeweils gültigen Richtlinie zur Finanzierung der Abwasserentsorgung des VSA und des Schweizerischen Verbandes Kommunale Infrastruktur⁶ (SVKI, nachfolgend VSA/SVKI - Richtlinie).

3 Unter Vorbehalt von Absatz 4 werden bei Kleleinleiterbetrieben die Verbrauchsgebühren aufgrund des Abwasseranfalls erhoben. Die Eigentümerinnen und Eigentümer der anzuschliessenden oder angeschlossenen Bauten und Anlagen haben die dazu nötigen Messvorrichtungen auf ihre Kosten nach Weisung des Gemeinderats einbauen zu lassen und zu unterhalten.

4 Besteht bei einem Kleleinleiterbetrieb offensichtlich kein wesentlicher Unterschied zwischen dem Abwasseranfall und dem Wasserverbrauch, kann ihn der Gemeinderat von der Pflicht zum Einbau von Messvorrichtungen für den Abwasseranfall befreien und die Verbrauchsgebühren aufgrund des Wasserverbrauchs erheben.

5 Bei Grosseinleiterbetrieben werden die Verbrauchsgebühren aufgrund des Produkts aus dem Abwasseranfall multipliziert mit dem gewichteten Verschmutzungsfaktor (gemäss VSA/SVKI - Richtlinie⁷) erhoben.

6 unverändert

7 unverändert

Art. 40 Inkrafttreten

1 Das Reglement tritt auf den 1. Januar 1999 in Kraft.

2 Das Reglement tritt auf den 1. Januar 2021 in Kraft.

3 Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben. Insbesondere wird das Abwasserreglement vom 29.04.1980 aufgehoben.

⁶ Neue Bezeichnung ergänzt (Fassung vom 20.12.2020)

⁷ Neue Bezeichnung ergänzt (Fassung vom 20.12.2020)

Genehmigungsbeschlüsse

Beschluss durch die Stimmberechtigten (Legislative)

Die vorstehende Reglementsänderung der Artikel 2, 10, 14, 15, 16, 19, 21, 22, 26, 27, 29, 30, 31, 32 und 40 wurde mittels Urnenabstimmung vom 20. Dezember 2020 mit 60 zu 7 Stimmen genehmigt und tritt auf den 1. Januar 2021 in Kraft.

EINWOHNERGEMEINDE OBERLANGENEGG

Der Präsident
sig. U. Aeschlimann

Die Sekretärin
sig. S. Käser

Auflagezeugnis

Die Gemeindeverwalterin hat diese Reglementsänderung vom 12. November 2020 bis 20. Dezember 2020 (dreissig Tage vor der Urnenabstimmung) in der Gemeindeverwaltung öffentlich aufgelegt. Sie gab die Auflage im amtlichen Anzeiger Nrn. 46 und 47 vom 12. November 2020 und 19. November 2020 bekannt.

Das Inkrafttreten ist in den amtlichen Anzeigern vom 04. und 11. Februar 2021 publiziert.

Oberlangenegg, 04. Februar 2021

Gemeindeverwaltung Oberlangenegg
Die Gemeindeverwalterin:
sig. Stephanie Käser

**Abwasserentsorgungsreglement mit
Gebührenreglement und –Tarif vom
12. Dezember 1998 der
Einwohnergemeinde Oberlangenegg
mit Änderungen vom 31. Mai 2005,
10. November 2005; 9. November 2006,
12. Oktober 2009 und 13. Oktober 2014**

**6. Änderung des Gebührentarifs zum
Abwasserentsorgungsreglement mit Gebührenreglement**

Der Gebührentarif des Abwasserentsorgungsreglements wird wie folgt geändert:

GEBÜHRENTARIF

Art. 1 Anpassung der einmaligen Anschlussgebühren an den Berner Baukostenindex

unverändert

Art. 2 Jährlich wiederkehrende Grundgebühr

unverändert

Art. 3 Jährlich wiederkehrende Verbrauchsgebühr

¹ unverändert.

² Die Gebühr für die Einleitung von Regenwasser von Hof- und Dachflächen sowie von öffentlichen (Gemeinde- und Kantonsstrassen) und privaten Strassen in die Kanalisation beträgt Fr. 1.00 pro m² entwässerter, versiegelter Fläche. Für alle unbefestigten entwässerten und somit teilweise durchlässigen Flächen werden Fr. 0.40 pro m² verlangt.

Art. 4 Inkrafttreten

¹ unverändert

² unverändert

³ unverändert

⁴ unverändert

⁵ unverändert

⁶ unverändert

⁷ Die Änderung vom 26. Oktober 2020 tritt auf den 1. Januar 2021 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben.

Genehmigung

Der Gemeinderat hat diese Änderung am 26. Oktober 2020, gestützt auf Art. 28 ff. des Abwasserentsorgungsreglements vom 12. Dezember 1998, beschlossen. Der Beschluss ist zu veröffentlichen.

Oberlangenegg, 26. Oktober 2020

GEMEINDERAT OBERLANGENEGG

Der Präsident

Die Sekretärin

sig. Ueli Aeschlimann

sig. Stephanie Käser

Auflagezeugnis

Die Änderung des Gebührentarifs und die Inkraftsetzung wurde unter Hinweis auf die Beschwerdemöglichkeit ordnungsgemäss im amtlichen Anzeiger vom 24. und 31. Dezember 2020 publiziert.

Oberlangenegg, 24. Dezember 2020

Gemeindeverwaltung Oberlangenegg

Die Gemeindeverwalterin:

sig. Stephanie Käser